



## Ansturm von Asylbewerbern benötigt praxistaugliche Lösungen

➔ Daniela Walter, sozialpolitische Sprecherin  
E-Mail: walter@dresden-cdu.de

Seit einigen Monaten ist das Thema „Asyl“ ein bestimmendes nicht nur für Dresden, sondern auch für Sachsen, Deutschland und ja weltweit insgesamt. Aktuell war von der „Asyl-“ beziehungsweise „Ausreise-Welle aus dem Kosovo“ zu lesen – der deutsche Botschafter vor Ort warnte vor 30.000 Kosovaren, die sich auf den Weg ins angebliche Sozialparadies Deutschland aufmachen wollen. Um von diesen „Massen nicht überannt zu werden“, spielten Gedanken wie öffentlichkeitswirksame Massenabschiebungen ein Rolle. Momentan ist die Situa-

tion noch zu aktuell, um sie richtig bewerten zu können.

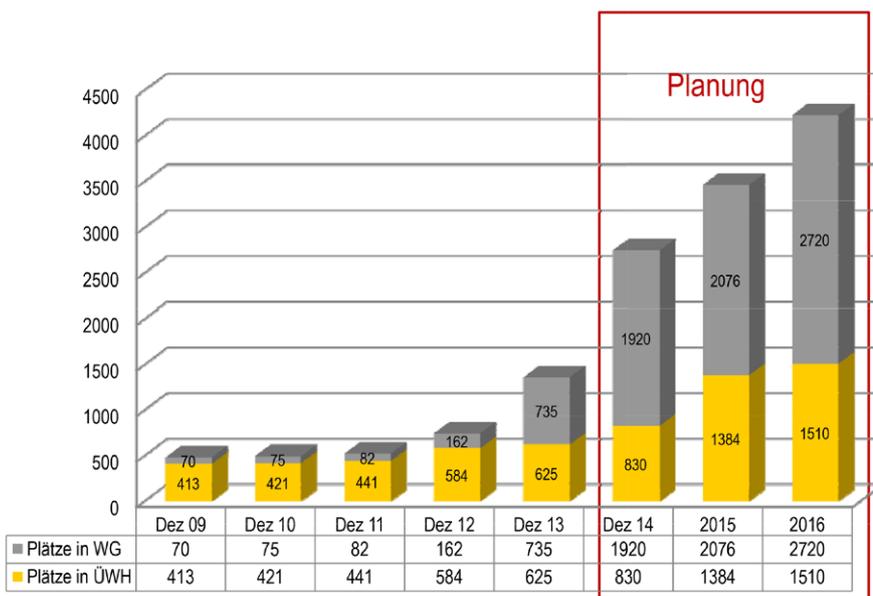
Doch egal, wie viel Wahrheit diesem Szenario zueigen ist: Fakt ist, dass Meldungen wie diese es sind, die Menschen in Deutschland an die Grenze ihrer Toleranzfähigkeit bringen. Deutschland als Zufluchtort für Kriegsflüchtlinge – zweifellose Zustimmung. Deutschland als Einwanderungsland, welches demografische Defizite mit ausländischen Fachkräften kompensieren muss – ebenso Zustimmung, schaut man sich so

manche ländliche Region an, wo zum Beispiel Fachärzte fehlen.

Doch für Asylbewerber, die aus rein wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen und letztlich in Deutschland von den Sozialleistungen leben wollen, fehlt den Menschen das breite Verständnis – warum sollte es auch eines geben? Denn auch für den deutschen Staatsbürger, welcher gezielt als Empfänger von staatlichen Transferleistungen sein Leben bestreitet, ist die gesellschaftliche Unterstützung nur in wenigen Kreisen groß.

Nach diesem Zustandsbericht bleibt dennoch festzuhalten: die Stellschrauben werden nicht in der Kommunalpolitik gedreht. Wir vor Ort bekommen regelmäßig Asylbewerber zugewiesen, denen wir dann für die Dauer ihres Verfahrens eine menschenwürdige Unterkunft bieten wollen – das gebietet nicht nur unser Glaube, sondern auch der menschliche Anstand und Respekt vor einander.

Der jüngste Vorstoß des Beigeordneten für Soziales ist vor diesem Hintergrund interessant: Er schlägt vor, Dresden hinsichtlich der Koordination und Betreuung der Asylbewerber in fünf Regionen mit jeweils einem federführenden Träger in der Verant-



Entwicklung der Unterbringungskapazitäten für Asylbewerber in Dresden

wortung „aufzuteilen“. So ließen sich zum einen die vielen Hilfsangebote, welche seitens der Dresdner Bürgergesellschaft kommen, sinnvoll und strukturiert vernetzen. Zum anderen böten solch institutionalisierte Verantwortlichkeiten den Dresdnerinnen und Dresdnern und den Asylbewerbern einen direkten Ansprechpartner bzw. eine Vermittlungsstelle. Diese Idee, die freilich mit Personal und Kosten verbunden ist, findet grundsätzlich die Unterstützung der CDU-Fraktion und sollte jetzt diskutiert werden.

Zu begrüßen ist dabei, dass viele Verantwortliche in Verwaltung und Rat die bisherige Strategie überdenken und die Bürgerschaft nun besser informieren und einbeziehen wollen.

Ein kurzer Rückblick: Ende des vergangenen Jahres durchlief die Vorlage, wonach die Einrichtung von 14 Wohnheimen für Asylbewerber in der Stadt geplant wurde, die Gremien der Landeshauptstadt. Es waren die Ortsbeiräte und Ortschaftsräte, die sich viele Gedanken machten – kennen sie doch ihr unmittelbares Lebensumfeld oftmals besser als manch anderer.

Während an dieser Stelle nicht erneut die teils fachlichen Verfahrensmängel und andere Defizite thematisiert werden sol-

len, bleibt festzuhalten, dass sich Teile der Stadtverwaltung und das rot-rot-grüne Bündnis einer Diskussion im Grundsatz verweigerten. Voten der Ortsbeiräte und Ortschaftsräte, die alternative Objekte vorschlugen, wurden mit dem Schwarzweiß-Argument „Asyl ist ein Grundrecht – wer nicht dafür ist, ist automatisch rechts“ vom Tisch gewischt; politische Debattenkultur sieht anders aus.

Rot-Rot-Grün lehnte alle Änderungsanträge auf Basis der Ortsbeiräte ab – und drückte letztlich die Vorlage mit ihren 37 Stimmen bei 33 Gegenstimmen durch. Wie viel Wert das linke Bündnis wirklich auf basisdemokratische Beschlüsse der Vor-Ort-Gremien legt, hat es mit diesem Votum mehr als deutlich gezeigt.

Doch jetzt, einige Monate später, scheint sich etwas zu tun. Der nun eingeschlagene Weg mutet vielversprechend an, die großen Herausforderungen der Asylbewerberaufnahme mitsamt seinen dezentralen Unterbringungen und den Neubauten ganzer Wohnheime in der Stadt zu meistern. Das erste Wohnheim in Löbtau ist bereits fertig, ein Tag der Offenen Tür gewährte Einblicke und ließ so manches Vorurteil schwinden. Die kommenden Monate werden zur Bewährungsprobe für uns alle. Werden wir



Eindrücke aus dem Asylbewerberheim in Löbtau

uns den realen politischen Sachverhalten und Diskussionen stellen? Oder wird es weiterhin ideologiebegründet gescheut, notwendige Diskussionen zu führen? Wir sind gespannt. Wir brauchen eine offene und sachliche Kommunikationskultur. Nur die Auseinandersetzung mit den Ängsten und Sorgen unserer Mitmenschen führt uns zu Lösungen. Denn eines ist klar: Dresden geht nur miteinander.



## Gastkommentar

### Dietmar Haßler als Vorsitzender des Kleingartenbeirats wiedergewählt

Frank Hoffmann, 1. Vorsitzender des Stadtverbands „Dresdner Gartenfreunde“ e. V.

Das Jahr 2015 betrachtet jeder Gartenfreund aus seiner ganz persönlichen Perspektive. Vielleicht stehen familiäre oder berufliche Veränderungen an, manch einer freut sich auf ein Jubiläum, den Ruhestand, eine Reise oder...

Die Dresdner Kleingärtner werden im Juni den 25. Jahrestag der Gründung ihrer Dachorganisation Stadtverband „Dresdner Gar-

tenfreunde“ e. V. begehen. Natürlich soll dieses Jubiläum durch eine Festveranstaltung im Kreise derer gewürdigt werden, die sich um die Entwicklung des Verbandes und als Partner der Kleingärtner verdient gemacht haben. Gegründet in einer widersprüchlichen Zeit gesellschaftlichen Umbruchs, nahm der Stadtverband dank der Hartnäckigkeit und des großen Engagements seiner Protagonisten eine erfolgrei-

che Entwicklung. Die Kleingärtner von heute haben dieses Erbe angetreten. Sie haben gelernt, dass seit einem Vierteljahrhundert nunmehr auch in Sachsen geltende Bundeskleingartengesetz als Schutzgesetz zu be-greifen und im Interesse des langfristigen Erhalts und der Entwicklung des Kleingartenwesens umzusetzen. Generalpachtvertrag, Kleingartenbeirat, Kleingartenent-wicklungskonzept, Förderprogramm sowie

Flächenerwerb waren Meilensteine auf diesem Weg.

Die Ansprüche an Hartnäckigkeit und Engagement der heute ehrenamtlich tätigen Gartenfreunde sind nicht geringer geworden. Einerseits wächst unsere Heimatstadt. Damit verbunden sind Bauvorhaben, für die allerdings immer weniger freie Flächen verfügbar sind. Andererseits mussten zahlreiche Gartenfreunde erkennen, dass ihre Parzellen im Hochwasserfall gefährdet sind und nicht geschützt werden können. Daher geht sinnvoller Hochwasserschutz zum Teil einher mit der Aufgabe von Kleingärten.

Auch in Zukunft werden wir nicht zulassen, dass Kleingärten diversen wirtschaftlichen oder privaten Interessen geopfert werden oder Hochwasservorsorge zu Lasten von Kleingärtnern erfolgt. Immer kommt es auf eine Interessenabwägung und letztlich den Interessenausgleich an. Eines der Instrumente hierzu ist der Kleingartenbeirat, dem Stadträte und befähigte Bürger angehören. Der Beirat soll eben diese Interessen prüfen und abwägen.

Kürzlich wurde der langjährige Vorsitzende des Kleingartenbeirats, CDU-Stadtrat Dietmar Haßler, als Vorsitzender des Kleingartenbeirats wiedergewählt. Das einstimmige Ergebnis, welches demnach auch mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün zusammenhängt, zeugt von großem Vertrauen, welches sich Herr Haßler in den letzten Jahren mit hervorragender Arbeit erworben hat.

Die gute Arbeit kann also hoffentlich erfolgreich fortgesetzt werden. Nachdem der ehemalige CDU-Stadtrat Dietmar Kretschmar die Gründung des Kleingartenbeirats 1995 maßgeblich initiiert hatte, ist seit der letzten Legislaturperiode mit Dietmar Haßler ein würdiger Nachfolger gefunden worden. Er selbst ist seit 1980 Besitzer eines Kleingartens und freut sich über die Wiederwahl: „Ohne die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Frank Hoffmann, dem Vorsitzenden des Stadtverbandes ‚Dresdner Gartenfreunde‘ e.V. und Detlef Thiel, dem Leiter des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft, wäre meine erfolgreiche Arbeit in den letzten fünf Jahren so nicht möglich gewesen. Inzwischen zählen wir zu den Besten in Deutschland.“

Denn in Dresden gibt es zur Zeit circa 53.000 Kleingärtner, die in 447 Kleingartenanlagen tätig sind und in 23.910 Parzellen arbeiten. Die derzeitige Auslastung beträgt in Dresden 99,6 Prozent – das ist deutschlandweit also Spitze!

Entgegen dem Trend haben wir in Dresden in vielen Kleingartenanlagen Wartelisten für Neubewerber und interessanterweise v.a. Anfragen von jungen Familien. „Für die neue Legislaturperiode möchte ich weiter für die Anerkennung der Arbeit der Kleingärtner werben. Dies war in der Vergangenheit nicht immer so. Wir brauchen inzwischen neue Flächen in der Nähe von Wohngebieten. Der ‚HANSA PARK‘ wird weiterhin gefördert, hochwasserbetroffene Kleingärtner sollen eine neue Perspektive



erhalten. Da der Flächennutzungsplan in dieser Wahlperiode entschieden wird, bitte ich auch um Vorschläge, wo neue Gärten entstehen könnten“, so Haßler.

Der Hochwasserschutz bleibt also auch zukünftig ein wichtiges Thema für die Kleingärtner. Es hatte bis zum September 2014 gedauert, bevor die Oberbürgermeisterin die Diskussion einer Vorlage auf den Weg gebracht hatte, in der Lösungsvorschläge zum Hochwasserschutz beraten werden. In dieser Vorlage werden die betroffenen Vereine und Parzellen definiert. Vorgesehen ist, dass es keine hochwasserbedingten Kündigungen geben wird, wohl aber die Bäumung freier Parzellen im Überflutungsgebiet eines zwanzigjährig drohenden Hochwassers (HQ 20). Es sind Entschädigungsregelungen bei Parzellenaufgabe sowie Anregungen zum Umgang mit den beräumten Flächen geplant. Natürlich gibt es Widerstand dagegen, weil sehr kurzfristige Angestellte die Kosten sparen wollen. Sie haben aber vergessen, wieviel teurer die Schadensbeseitigung ist. Daran darf sich auch ein Stadtkämmerer erinnern. Und anstatt in dieser Situation der Kleingartenbeirat tätig wird, hatte es der Stadtrat nach den Wahlen im Mai 2014 bis zum Dezember nicht geschafft, dessen Arbeitsfähigkeit herzustellen. Die Kosten verpasster Hochwasservorsorge zahlt am Ende die Gemeinschaft sowie jeder betroffene Gartenfreund.

U. a. darüber wird zu reden sein, wenn die Delegierten aller Kleingärtnervereine unseres Stadtverbandes am 14. März in der Messe im Ostragehege zum 25. Kleingärtnerntag zusammen kommen.



CDU-Stadtrat Dietmar Haßler (4.v.r.) wurde erneut zum Vorsitzenden des Kleingartenbeirats gewählt.



## Der Seniorenbeirat hat gewählt

### CDU-Stadtrat Klaus Rentsch ist erneut Vorsitzender

☑ Klaus-Dieter Rentsch, Vorsitzender des Seniorenbeirats  
E-Mail: rentsch@dresden-cdu.de

Unter der Leitung des Beigeordneten für Soziales, Herrn Bürgermeister Martin Seidel, wählten die Mitglieder des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Dresden am 12. Januar 2015 in ihrer konstituierenden Sitzung den CDU-Stadtrat Klaus-Dieter Rentsch zu seinem Vorsitzenden. Damit ist der alte auch der neue Vorsitzende. Sozialbürgermeister Seidel gratulierte dem neuen Vorsitzenden, wünschte viel Erfolg und bot seine weitere Hilfe und Unterstützung bei der verantwortungsvollen Arbeit an.

Mein Leitspruch lautet: „Es kommt nicht darauf an, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden.“ Diese Lebensweisheit hatte uns die Vorsitzende der Bundesarbeitsge-

meinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, bereits im Jahr 2001 übermittelt – an Aktualität ist nichts verloren gegangen. Der Seniorenbeirat unserer Landeshauptstadt ist für die Legislaturperiode von 2014-2019 vom Stadtrat gewählt worden. Der neue Vorsitzende dankte für das sehr gute Wahlergebnis und das Vertrauen und hielt einen kurzen Rückblick über die vergangene Legislaturperiode.

Obwohl Dresden mittlerweile in schöner Regelmäßigkeit „Geburtenhauptstadt“ ist und viele junge Menschen zu uns ziehen, macht der demographische Wandel dennoch auch vor Dresden nicht halt. Die

Schwerpunkte für die kommenden Jahre werden also u.a. eine senioren- und behindertengerechte Stadtplanung sein, ebenso wie die angemessene Schaffung und Gestaltung von altersgerechtem Wohnraum.

Eine besondere Aufmerksamkeit des Seniorenbeirates gilt der Förderung und der öffentlichen Anerkennung der aktiven bürgerschaftlichen Mitarbeit. Die Freiwilligendienste und Selbsthilfestrukturen von Seniorinnen und Senioren müssen weiter ausgebaut werden. Die Schaffung von besseren Bedingungen für den Übergang älterer Arbeitnehmer in die nachberufliche Lebensphase müssen stärker thematisiert und letztlich verbessert werden.

Der Seniorenbeirat sieht darin eine sehr große Chance, die Kompetenz und Kreativität der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Entscheidungsprozesse des bürgerschaftlichen Engagements einzubinden. Der Seniorenbeirat sieht eine gemeinsame Verantwortung im Zusammenwirken der Landeshauptstadt, mit allen anderen Trägern der freien sozialen Wohlfahrtspflege, Vereinen, Verbänden und Genossenschaften und den zahlreichen privaten Anbietern.

Ich bin fest davon überzeugt, die Kirchengemeinden, Nachbarschaftshilfen und die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden weiterhin Tag für Tag in Seniorenberatungsstellen- und Begegnungsstätten sowie in Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen ihr Bestes geben.



Der auch in der Senioren Union engagierte CDU-Stadtrat Klaus Rentsch (2.v.l.) ist neuer Vorsitzender des Seniorenbeirats.

#### Herausgeber:

CDU-Fraktion im  
Stadtrat Dresden  
Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

Tel. 0351 4882257  
Fax 0351 4882972  
www.dresden-cdu.de  
cdu-fraktion@dresden.de



#### Redaktion (V.S.d.P.):

Jan Donhauser,  
Fraktionsvorsitzender  
Andreas Rönsch,  
Geschäftsführer  
Marcel Duparré,  
Fraktionsreferent

#### Fotos: Redaktion

**Satz und Gestaltung:**  
Z&Z Werbeagentur Dresden

#### Druck:

Union Druckerei Dresden GmbH

Diese Veröffentlichung ist Bestandteil der Zeitschrift „DIE DRESDNER UNION“ und liegt als Sonderdruck im Rathaus und in den Verwaltungsstellen aus.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.